

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Frank Mentrup
 76124 Karlsruhe



16.10.2023

DOPPELHAUSHALT	2024/2025
ANTRAG	DHH/2023/2004

Rücknahme Gewinnabführung der Volkswohnung GmbH

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶	▶ 2000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ Produktbereich 52 Bauen und Wohnen					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2024	2025	2026	2027	2028
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
sonstige Erträge	3.535.140	3.535.140			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

▶ Weitere Angaben	
bei Leistungen an Zuschussempfänger	
▶	Volkswohnung gGmbH
▶ Sachverhalt Begründung	

Die von der Verwaltung hat in ihrem Haushaltsentwurf eine Gewinnausschüttung von je 3,53 Mio. Euro in den Jahren 2024 und 2025 vorgesehen. Diese Haushaltssicherungsmaßnahme HHS_GR27 wird nicht umgesetzt.

Die Volkswohnung ist ein solides kommunales Wohnungsbauunternehmen und erwirtschaftet moderate Gewinne. Aus den Gewinnen bildet sie das notwendige Eigenkapital für neue Wohnungen, die sie für die Menschen in Karlsruhe baut. Ebenso wird das Eigenkapital für umfangreiche Sanierungen des Wohnungsbestands benötigt. Die Stadt Karlsruhe ist auf den Wohnungsbau der Volkswohnung angewiesen, denn so wird bezahlbarer Wohnraum geschaffen und dauerhaft gesichert.

Eine Entnahme aus den Gewinnen würde mittelbar das Wohnen für die Mieter*innen der Volkswohnung verteuern. Einen derartiger, indirekter Sonderbeitrag der Mieter*innen zur Stützung des Haushalts wäre ein falsches sozialpolitisches Signal.

Unterzeichnet von:

Aljoscha Löffler, Jorinda Fahringer und GRÜNE Fraktion